

Weltkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Verkaufspreis frei Haus monatlich 6 M. Durch die Post monatlich 6 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Sara 42-44, Bernauer 1047. Gehalt 7-8 Uhr. Schriftleitung: Bernauer 1045. Sprechzeit 12-1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreizehntägigen Zeiteltritt. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postfachkonto: Leipzig 10845 Fritz Strub, Halle

Einzelpreis 30 Pf.

Halle, Sonnabend, den 17. September.

1. Jahrgang • Nr. 218

Die Regierung unter Orgefschkontrolle.

Das „Berliner Tageblatt“ gibt über die Arbeitsgemeinschaften der Rapp-Bauwerke in Bayern folgende Mitteilungen von bayerischer Seite wieder:
Die Angehörigen der nach dem Rapp-Bauwerk aufgelösten Betriebsrat traten teilweise in Arbeitsgemeinschaften über, die durch eine eigene Selbstverwaltungsgesellschaft in den großen Betrieben der Rappwerke gegen die Waldbroden, Maschinen- und ähnlichen Arbeiten verwendet wurden. Daß diese Gemeinschaften unter der Hand auch dem Plan bestimmter politischer Tendenzen dienen, darauf deutet schon der Umstand, daß prominente Führer des Rapp-Bauwerks, wie Ehrhardt und Wobitz, ihrerseits die gleiche Meinung, wie es heißt, das Schloß Neubauern zu ihrem Selbstverwaltungsbereich wählten und dort die Besuche des Reichs-Bauern und anderer bekannter Bauernführer empfangen und daß zahlreiche andere Selbstverwaltungsgesellschaften, namentlich aus nordbayerischen Orgefschbetrieben, angeblich aus Studienzwecken, nach München bezogen. In ihren politischen Zielen gehen die Bestrebungen dieser reichsdeutschen Nationalisten mit denen der österreichischen und ungarischen Monarchisten, zu denen die Reichs-Bauern laufen, gegenläufig auseinander, je nachdem sie die Demokratie oder die Monarchie als ihr Ziel gesetzt haben. Gemeinlich ist ihnen nur der Gedanke eines Umsturzes der gegenwärtigen republikanischen Verfassung zugrunde liegend, die nationalstaatliche Monarchie. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Bestrebungen unter dem Einbruch der letzten Ereignisse näher gerückt erscheinen, wenn auch in der Oberland tätigen nationalistischen Agitatoren bei den oberbayerischen Bauern jetzt bisher wenig Anklang gefunden haben.

Der ständige Ausschuss des bayerischen Landtags hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die bayerische Staatsregierung zu ersuchen, über die Anstaltungen im Lebensversicherungsamt des Reichstags Ausschuss zu geben.

Die Reichsregierung hat in den letzten Tagen auffällige Mitteilungen über die Bestrebungen monarchistischer Kreise zur Abänderung der Verfassung und zum Sturz der Regierung gemacht. Dieses Material hat Herr von Weizsäcker in erster Linie auf München und Bayern. Wir würden der Regierung empfehlen, ihre Aufmerksamkeit nicht allein nach dem Süden Deutschlands zu richten, sondern in ihrer nächsten Umgebung einen Umschau zu halten. Wir sind bereit, sie dabei zu helfen. Wie uns aus sehr zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat in den letzten Tagen ein auffälliger Wechsel der Beamten stattgefunden, die hauptsächlich zur Bewandlung der Regierungsgeschäfte bestimmt sind. Es wurden zahlreiche Beamte im Innenministerium verlegt und haben neue ausgetauscht, die bisher im Finanzministerium gefanden haben und sämtlich Offiziere der alten kaiserlichen Armee waren.

Reiner bitten wir um Beantwortung folgender Frage: Ist es nicht, daß eine Verfügung ergangen ist gegen den energischen Leiter des Reichsministeriums, sowie die für die Reichsministerien zuständige Vermittlungsabteilung auf dem Amt Zentrum von jetzt an von Reichsbesoldung befreit werden sollen, angeblich um Geld zu sparen?

Die beiden genannten Maßnahmen deuten darauf hin, daß das Zentrum nicht nur die Kontrolle der Reichsregierung, das eigene Interesse der Regierung sollte sie veranlassen, nicht so abmühsam wie ein Herr Meißner den Kaputtieren in die Arme zu laufen.

Die unabhängige „Magdeburger Volkszeitung“ schreibt über „Gedanken zur Frontverengung“:
Der Reichsminister Graf v. Helldorf über dessen jammervolle Haltung selbst der bürgerliche Reichsminister Wirth sich unaufrichtig geäußert haben soll, wird immer kopfloser. ... Jetzt hat er wieder das Verbot über die „Dienstreisende Zeitung“ aufgehoben, dafür aber die „Rote Fahne“ auf drei Tage verboten. ...

Die SPD-Arbeiter müssen nicht nur Grabwäner, sondern auch einen großen Teil ihrer Führerschaft zum Teufel jagen, wenn die SPD, wiederum eine Partei werden will, die die Interessen der Arbeiter vertritt.

Befreiung verhafteter Arbeiter.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, den 17. September 1921. Gestern morgen wurden vier Arbeiter in Magdeburg wegen Landfriedensbruchs verhaftet, weil sie am 31. August anlässlich des Demonstrationstages zwei schwarzgezeichnete Fahnen von einem Hotel heruntergeholt hatten. Ansolange es die Arbeiterhaft der höchsten früheren Betriebe in den den Konzentrationen eingetretten. Mittags gegen die Arbeiter durch die Stadt, protestierten gegen die Verhaftung und bestanden die Verhafteten gewaltsam aus dem Gefängnis. Die Arbeit wird heute in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Reinigung der Verwaltung.

Am Sächsischen Landtag haben unsere Genossen eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die durchzuführen, mit den monarchistischen Elementen in der gesamten Verwaltung endlich aufzuräumen. Ein Antrag ersucht die sächsische Regierung unverzüglich einen Geheimschreiben vorzulegen, nach welchem der Landtag aus den drei Arbeiterparteiern einen Ausschuss wählt, der unter Mithilfe der organisierten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten unverzüglich die Aufklärung und Enttarnung der konterrevolutionären Organisationen vornimmt.

Weitere Anträge fordern sofortige Entlassung aller monarchistischen und reaktionären Elemente aus dem sächsischen Sicherheitsdienst und Bildung eines Selbstschutzes aus den Weichen der organisierten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten und Kleinbauern.

Unsere Fraktion verlangt weiter, daß die Reichsregierung ersucht wird, sofort einen inhaltlich gleichlautenden Geheimschreiben zur Reinigung der Reichswehr und zur Bildung eines proletarischen Selbstschutzes vorzulegen.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß die Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Inaktivität der Richter aufgehoben wird und die Wahl der Richter durch die organisierten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten, Kleinbauern und Kleinrentnerbestrebenden erfolgt.

Der Antrag über die Reinigung der staatlichen Behörden von konterrevolutionären Elementen hat folgende Form eines Geheimschreibens:

§ 1. In allen Landesbehörden der Verwaltung, Polizei und Justiz werden sämtliche Beamte und Angehörige, die offen oder heimlich eine Widerbestellung der monarchistischen Staatsregierung für das Land oder für das Reich erhitzen oder solche Bestrebungen unterstützen oder deren Tätigkeit im Sinne solcher Bestrebungen gerichtet ist, unverzüglich unter Überweisung des Antrags auf Aufschub und Hinterlassenschaft entlassen.

§ 2. Zur Befreiung der zu entlassenden Beamten wählt der Landtag einen aus den drei Arbeiterparteiern bestehenden Ausschuss, der in diesem Zwecke in Verbindung mit besonders mit den Organisationen der unteren und mittleren Beamten.

Die Entfernung der Beamten geschieht durch Wechselschluß des Ausschusses, dessen Entschieden endgültig sind.

Beamte, die Mitglieder konterrevolutionärer Organisationen jeder Art sind oder deren Tätigkeit offen oder heimlich unterstützen, werden mit Gefängnisstrafen, nicht unter einem Jahre, bestraft.

Nur die Aburteilung dieser Fälle werden Sondergerichte eingesetzt. Die Wahl dieser Sondergerichte erfolgt durch die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und unteren und mittleren Beamten.

§ 3. Die Befreiung aller Beamten erfolgt im Einklang mit dem vom Landtag eingesetzten Ausschuss.

Zum Schluß fordert unsere Fraktion ein Amnestiegesetz für alle politischen Straftaten mit Ausnahme derjenigen, die auf eine Widerbestellung der monarchistischen Staatsverwaltung oder einer Widerbestellung beruhen oder im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen liegen.

Kommunistisches Zeitungsverbot.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, den 17. September 1921. Das vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg herausgegebene Berliner Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde vom Reichsminister des Innern verboten.

Die vom Verlag des „Gothaer Volksblattes“ an Stelle des verboten Volksblattes herausgegebene „Bankarte der Revolution“ wurde durch die Polizeibehörde erneut verboten mit der Begründung, daß sie ihrem Inhalt nach eine Fortsetzung des verboten „Gothaer Volksblattes“ sei.

Das Existenzminimum für eine dreiköpfige Familie — 7000 Mark.

Die Münchener „Post“ veröffentlicht nachfolgenden Brief, den die „Deutsche Post“ in Berlin an einen ihrer amerikanischen Geschäftsfreunde richtete:

„Berlin“, den 14. August 1921.

Herrn Z. P.

Auf den weiteren Inhalt Ihres Briefes erlaube ich mir nicht zu erwidern, daß die Kosten, welche die Lebenshaltung in Deutschland derzeit erfordert, abhängig sind von der Größe der Familie und von den Ansprüchen, die gestellt werden. Eine Familie von drei Personen dürfte gegenwärtig zu ihrem Unterhalt die Summe von 7000 Mark jährlich gebrauchen, wobei es ziemlich gleich bleiben dürfte, ob der Aufenthalt in Berlin oder Hamburg genommen wird. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Leben in Deutschland augenblicklich ungefähr fünfzehnfach so teuer ist, als in der Vorkriegszeit.

Wir empfehlen uns Ihnen hochachtungsvoll
Deutsche Post.
Unterzeichnet.
Der Brief der „Deutschen Post“ liefert wertvolles Material bei allen Tarifverhandlungen.

Goldwerte.

II.

Nach deutlicher zeigt sich aber der burgfriedliche Charakter dieser Steuer in den Ausführendbestimmungen des Wirtschaftsministers Robert Schmidt. Der landwirtschaftliche Grundbesitz — Kleinbauern und Großgrundbesitzer werden in derselben Weise behandelt — soll mit einer Grundsteuer belastet werden, und zwar soll diese an erster Stelle eingetragene werden. Die Voraussetzung dazu aber ist eine weitere Preiserhöhung des Getreides und des Brotes. Ernt 20 Millionen an sich selbst darüber in einer Preiserhöhung: 100 Millionen neue Steuern!

„Man kann nur feststellen, daß es im Augenblick ein 3 u nicht mehr gibt. Wir müssen den großen Ertrag ins Dunst der Weltpreise wagen und erst, wenn wir ihn gemacht haben, werden wir einen Lebensbild über die Erhebung des inneren Staatsstaufhaltes gewinnen können. Das Preisgebrot kostet vom 15. August an 7 M. Auch dies ist nur ein Übergangszustand, da auch bei diesem Brotpreis noch etwa 4 Milliarden Mark Reichsaufwände geleistet werden. Der Abbau der Getreideernte wird bereits im Winter beschlossen und Ende Februar 1921 in einer Konferenz der Ernährungsminister festgesetzt. Das Angebotsverfahren, das an die Stelle der bisherigen Mißwirtschaft tritt, kann sich nach dem Urteil aller Sachverständigen nicht in ein Jahr halten. Wahrscheinlich bricht es zusammen, ehe es begonnen hat. Dann kommt auch das Brot in den freien Verkehr und die Einstellung auf den Weltmarktpreis, d. h. die notwendige Verdoppelung des Brotpreises erfolgt automatisch.“

Wenn die Preise der Produktion steigen, die Grundrente steigen und, und damit auch die kapitalistische Grundrente, der Wert des Bodens, dann soll der finte Teil davon als Grundsteuer mit einer vierprozentigen Verrentung eingetragene werden. An diesem Beispiel veranschaulicht, bedient der Plan eines folgenden:

„Von einem Gute, das 1913 120000 Mark wert war, jetzt 600000 Mark und nach der neuen Preissteigerung 1000000 Mark präferieren soll, werden 20 Prozent, d. h. 200000 Mark als Grundsteuer eingetragene, die mit 4 Prozent gleich 8000 Mark jährlich zu verzinne sind.“

Der Staat wird also zusammen mit den Großgrundbesitzern an hohen Getreidepreisen interessiert. Je höher die Brotpreise, um so höher der Ertrag für den Staat und den Großgrundbesitzer. Wie diese Vorteile auf den Kleinbauern wirken muß, ist schon in einem Artikel „Rote Fahne“ vom 23. August geschildert worden. Nach heftiger zeigt sich das Bild bei der „Eröffnung des sächsischen Haus- und Grundbesitzes“. Die Voraussetzung dafür ist eine Steigerung der Mieten um mindestens 300 Prozent! Herr Seimann schreibt etwas gebunden:

Bei den sächsischen Häusern ist eine ähnliche Preissteigerung wie bei den landwirtschaftlichen und gewerblichen Goldwerten lediglich um den Betrag noch nicht eingetreten, weil die Mietangehörigkeit eine Erhöhung der Mieten nur bis äußerstenfalls zur Verdoppelung der Friedensmiete zuließ. Diese Wohnungsgewinnsteigerung ist auch jetzt noch nicht aufgehoben, aber sie zeigt große Risse an allen Ecken und Kanten. Jedenfalls muß das Reich dafür sorgen, daß, wenn durch eine wesentliche Erhöhung der Mieten der Goldwertcharakter der sächsischen Häuser zum Ausdruck kommt und die gewaltigen Gewinne und Wertsteigerungen sich einstellen, die Allgemeinheit ihnen vollen Anteil daran hat und ihn zum Tragen der Reparationslasten verwendet.“

Robert Schmidt und seine Genossen halten also eine Mietsteigerung um 300 Prozent heute für möglich. In dieser letzten Steigerung von 200 auf 300 Prozent soll dann das Reich in folgenden Weise teilnehmen: 75 Prozent von den 100 Prozent erhöht das Reich für sich, und zwar gelten für diese 75 Prozent der Mieten als 4½prozentige Zinsen einer eingetragenen Grundsteuer. Ein Haus, dessen jährlicher Mietvertrag in Friedenszeiten 4000 Mark betrug, soll jetzt eine Steigerung erfahren bis zu 12000 Mark Mietvertrag, d. h. 5-fach um 300 Prozent. 75 Prozent von der Steigerung um 100 Prozent ergeben in diesem Falle 3000 Mark. Diese 3000 Mark haben als 4½prozentige Zinsen einer Grundsteuer zu gelten, die sich auf 68000 Mark belaufen würde.

Preiserhöhung, Mietsteigerung bis ins Innerste, das sind die Voraussetzungen der „Goldwertsteigerung“. Die Weisheit haben nichts zu fürchten, ihre Gewinne steigen und der Staat garantiert ihnen dafür. Bei den industriellen Unternehmungen ist eine direkte Beteiligung bis zu 20 Prozent vorgeschlagen. Nur diese Beteiligung soll eine Vorzugsdividende von 6 Prozent geschaffen werden. Die Form der Beteiligung geschieht durch Genossenschaften. Wiederum werden Unternehmer und Staat in gleicher Weise an einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter interessiert. Je größer der Mehrwert, um so mehr bekommt der Staat, um so größer ist der Gewinn auch für die Kapitalisten. Wie diese Steuer in Wirklichkeit ausfällt und wie sie in Wirklichkeit wirkt, darüber ist in den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ vom 14. August 1921, Nr. 31 ein Dr. Dreffel:

„Es ist aber nicht zu erwarten, inwieweit die Eröffnung der Sachwerte ohne Folgen auf den Konsum bleiben soll. Die Verkaufspreise für die Sachwerte werden im Maße der Erfassung steigen. Aber auch die Produktpreise werden einen entsprechenden Zu-

Verbandstag der Metallarbeiter. Aus der Provinz.

Am Vormittag des dritten Verhandlungstages hatte sich Dittmann große Mühe gegeben, durch Antihöflichkeit die Reichsorganisationen verständlich zu machen. Diese Versuche schlugen fehl.

Das, was nach Eröffnung des Ausschusses des Wort ereignet, erinnert Dittmann mit lebendiger Wärme an seine revolutionären Absichten in Stuttgart. Er sprach Dittmann das Recht ab, gegen die Kommunisten vorzugehen, denn was er diesen zum Schwert mit hoch er und seine Freunde vor zwei Jahren ebenfalls tat. Im übrigen war die Rede des rechtsfähigen Professorenschreibers nur blickt von dem Gesicht der Wache für Stuttgart. Was ging auf die aktuellen Gewerkschaften gar nicht ein.

Bisla, der Redner der USPD, vollstimmte einmündig seine Zustimmung gegen das. Er verteidigte Dittmann und den Reichsverband und plädierte zum Schluß in natürlicher Weise für dessen Einmündigkeit. Er machte aber damit seinen Entschluß auf die Zustimmung.

Obwohl die feilschende Tagungszeit bereits um drei Viertelstunden überschritten war, beschloß die Versammlung, auch den kommunistischen Delegierten noch zu hören. Gen. Walcher ging auf die Einzelheiten seiner Rede ein. Er sprach Dittmann das Recht ab, gegen die Kommunisten vorzugehen, denn was er diesen zum Schwert mit hoch er und seine Freunde vor zwei Jahren ebenfalls tat. Im übrigen war die Rede des rechtsfähigen Professorenschreibers nur blickt von dem Gesicht der Wache für Stuttgart. Was ging auf die aktuellen Gewerkschaften gar nicht ein.

Bericht des Ausschusses.

Gen. Rostkamm, A. W. Vori, des Ausschusses, erstattet den Bericht über die Verhandlung. Er legt hervor, daß die Anzahl der Teilnehmer und die Anzahl der Redner, die die Ausschüsse zu beschäftigen hatte, in den letzten beiden Jahren eine weit höhere war, als in früheren Perioden. Im längeren Ausführungen geht der Berichtsteller auf die vielen Differenzen, die der Ausschuss mit dem Vorstand hatte, ein. Er wolle gegen den Ton, in dem Dittmann von den Arbeitern und Gewerkschaften des Ausschusses sprach, hässliche Vermutungen erliegen. Er schließt sich mit nur ein Bedauern an, daß er nicht ein Wort zur Kontrolle für den Vorstand. Er unterliehe nicht der Kritik des Vorstandes, sondern der des Verbandstages.

Wenn die die Entschleunigung des Ausschusses betreffs der Ausschüsse, gegen die Kommunisten das Dittmanns Dittmanns ereigt hätte, so andere doch nichts an der Tatsache, daß sich der Ausschuss gegen die Kommunisten des Ausschusses gerichtet habe. Der Ausschuss habe in der letzten Sitzung, nämlich unter dem Namen der Reichsorganisation und sich einmündig von der Zustimmung lassen sollen, daß man die Arbeiterbewegung angeht, der nun einmal vorhandenen verschiedenen politischen Strömungen nicht in einen starken Rahmen bringen könne. Es liegt auch auf dem Wege zur Einigung des Ausschusses, wenn man der Kommunisten in verständlicher Form entgegenkomme. Am übrigen bemerkt der Redner an den gedruckt vorliegenden Bericht des Ausschusses.

Dittmann über den Vorstandsbereich.

Gen. (A. W.): Auf Wiedersehen in Jena! Mit diesen Worten trennte sich Dittmann von den Arbeitern. Die Verhandlung hat sich fast so abgelebt, wie der Vorstand ist in den zwei Jahren zurückgekehrt von dem Wort zur Tat, von der Dittmann zur Demokratie. Der Redner stellt durch eine Menge Zitate aus dem Protokoll des letzten Verbandstages, den Dittmann von Stuttgart dem Dittmann von Jena gegenüber. Während dieser in Stuttgart mit dem Vorstand und dem Ausschuss in der letzten Sitzung, nämlich unter dem Namen der Reichsorganisation und sich einmündig von der Zustimmung lassen sollen, daß man die Arbeiterbewegung angeht, der nun einmal vorhandenen verschiedenen politischen Strömungen nicht in einen starken Rahmen bringen könne. Es liegt auch auf dem Wege zur Einigung des Ausschusses, wenn man der Kommunisten in verständlicher Form entgegenkomme. Am übrigen bemerkt der Redner an den gedruckt vorliegenden Bericht des Ausschusses.

Alle Redner des Ausschusses können sich nicht davon überzeugen, daß der Unterschied zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Arbeitergemeinschaft allzu groß ist. Was meine Freunde schon in der erweiterten Reichsorganisation ausgesprochen haben, muß ich auch hier festhalten, nämlich unter dem Namen der Reichsorganisation konnte die Tätigkeit auch der unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen keine wesentliche andere sein, als die von Dittmann so viel verdammte Tätigkeit meiner politischen Freunde. Dittmann, der ein alter langjähriger Gewerkschaftsführer ist, hat das auch in Stuttgart schon wissen müssen. Um so leichter muß es beurteilt werden, daß er in Stuttgart den realen gewerkschaftlichen Boden verlassen hat und sich von parteipolitischen Motiven leiten ließ. Mit dem Gewerkschaftsverband bin ich früher schon oft zusammengekommen und könnte es auch heute sehr oft tun, wenn nicht Revolutionen gebildet werden würden. Das meine mich, aber die heutige Welt Dittmanns und seine Partei, daß sich die Kollegen von der USPD zurückgezogen haben zu einer gesunden Auffassung. Doch ich und meine Freunde sind nicht von dem Eingeständnis befreit. Wir hoffen, daß wir uns in nicht allzu ferner Zeit mit der USPD vereinigen können, aber

alles zu seiner Zeit.

In vielen, wozu Dittmann über die Kommunisten gelangt hat, muß ich mich beistimmen. An den kommunistischen Zeugnissen wird eine niedrige, trübe persönliche Komplexion gegen die Gewerkschaftsführer geblüht. Zum Schluß vertritt der Redner die Ansicht, daß eine längere Einseitigkeit der USPD, die sich in der Reichsorganisation zeigt, die Einseitigkeit in folgenden Sätzen:

- 1. den organisatorischen Zusammenbruch aller Gewerkschaften und der Arbeitergemeinschaft;
- 2. die Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter;
- 3. die Sicherung eines Einkommens, das die Wirksamkeit des Streikes und der Forderung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet;
- 4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmlicher Unterbringung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrisis;
- 5. ein wohlfeilste System von Betriebs- und Wirtschaftskredit;
- 6. Bekämpfung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu bewegen;
- 7. Befreiung der Klasseninstanz und Ausbruch der sozialen Gleichgültigkeit.

Bisla (USPD): Ich will dem Kollegen Dittmann in seiner Antwort an den Kollegen Vori nicht entgegen, was aber betonen, daß ich bestenfalls auf den Vorstand für unerschicklich halte. Die letzten beiden Jahre, in denen der Vorstand den Verband leitete, wurde erfüllt von ungeheuren Kämpfen politischer und wirtschaftlicher Natur. Der Verband erhielt einen unbeschriebenen Jalton an neuen Mitgliedern. In diesen Jahren ist es nur zu erklären, daß der Vorstand nicht auf die gestellten Anforderungen veritas erfüllen konnte. Wenn er das Verbandstages trotz aller Schritte nicht sicher gelangt hat, so liegen sich darin keine hohen Führerschaften. Ich erinnere mir an die viel umlirrten Betriebsräte. Wir können uns glücklich schätzen, daß der Vorstand mit festerem Willen die Bekämpfung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu bewegen, die Organisation der Betriebsräte im gewerkschaftlichen Rahmen durchgeführt hat.

Der Bericht des Vorstandes zum Ausschuss hat mich in manchen Punkten eigenmächtig berührt. Ich kann nicht verstehen, wie der Ausschuss seine Stellungnahme zu den Ausschlußanträgen gegen die Kommunisten mit dem Statut begründen will. Nach meiner Auffassung bietet gerade das Statut Anhaltspunkte genug, um die Ausschüsse zu belächeln. Ich bin mit dem Vorstand davon überzeugt, daß die Interessen der Kommunisten verhandlungsbedürftig sind und daß die Interessen der kommunistischen Betriebsräte ausgeschlossen werden müssen. Wer sich den Bestimmungen unseres Statuts nicht treuwillig unterordnet, will, der muß in andere Organisationen eintreten. (Es läßt sich nicht auf die einstige Wache über die Schwarzfahrer. D. Verleumdung.)

Wenn der Verbandstag sich nicht gerade erteilt, dann muß er dem Vorstand einmündig im Vertrauen antworten. Das kann er besten durch zum Ausdruck bringen, wenn er den bisherigen Vorstand einmündig wiederwählt.

Rede des Genossen Walcher.

Kollegen! Robert Dittmann hat als Berichterstatter eine schmerzliche Aufgabe. Er sollte die Praxis der letzten vier Jahre mit seiner Rede auf dem Stuttgarter Verbandstag und dem dort getätigten Beschlüssen in Einklang bringen. Das war natürlich am möglich, wo der unmittelbare Gegenstand allzu groß war. Wo sich die Unzulänglichkeit der Gewerkschaftsstatistik allzu sehr zeigte, bemühte er die Kommunisten als Zündholz. Nach wie ihm nicht die Gewerkschaften gegen die Auffassung des Vorstandes die Aufhebung der Kommunisten entgegenstellen.

Genosse Walcher verweist auf die politische und wirtschaftliche Lage, auf das Treiben der Kapitalisten, auf die Tatsache, daß seit dem Weltkrieg Frieden in der imperialistischen Welt der Donner der Weltkriege nicht einen Augenblick vermindert, daß das Weltkrisis nicht mehr ausreicht erwidern, sondern nur einen Augenblick des Weltkrisis bereits die Konjunktur neuer Krisen abgibt.

In kurzen Strichen umschreibt er die wirtschaftliche Lage des Aus und Inlandes. Er verweist darauf, daß es letzten Endes der kapitalistische Charakter der Produktion ist, der es verbindet, daß Erzeugung und Verbrauch miteinander in Einklang gebracht werden. Der Arbeiter, der ein Brotchen vom Brotkasten bekommt, bekommt einen Ausweg zu schaffen, hat das Erlernen noch verstanden. Er verweist auf die durch die Zerrüttung des Kapitalismus und die Umstrukturierung des Arztes für das Proletariat geschaffene Lage. Die Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft ihre Konjunktur nicht mehr ausreicht erwidern, sondern nur einen Augenblick des Weltkrisis bereits die Konjunktur neuer Krisen abgibt.

Der vor zwei Jahren neuwahlgewählte Vorstand hat die Absicht gehabt, entscheidend auf die Stellung der Gewerkschaften des Verbandes zu wirken, und hat sich trotz aller Absichten des Vorstandes nicht mehr ausreicht erwidern, sondern nur einen Augenblick des Weltkrisis bereits die Konjunktur neuer Krisen abgibt.

Der vorläufige Vorstand des DWD, habe auf den Offenen Brief der USPD, ebensowenig eine Antwort erteilt, wie die nichtüberlieferten Beschlüsse der letzten Gewerkschaften. Genosse Walcher fragte, warum wir nicht die Beschlüsse der letzten Gewerkschaften ignorieren? Aus Furcht vor den revolutionären Konsequenzen, die jede proletarische Massenaktion in sich birgt. Wenn die Gewerkschaftsführer als Massenaktion ausweisen in dem Glauben, dem Proletariat das Schwere zu erparen, was der revolutionäre Kampf aber nicht erparen kann, sondern nur den Arbeiter in die Irre führt. Die Praxis beweist, daß das Ausweichen nur dem Klassengegner nützt.

Die Bourgeoisie treibt ihre Klassenpolitik. Das Kapital konzentriert sich und geht rücksichtslos gegen die Arbeiter vor. Die Gewerkschaften aber lagern dem Moment eines Gemeinwohlstandes entgegen. Die Gewerkschaften werden von der proletarischen Arbeiterbewegung geschieden. Das zeigt sich in verhängnisvoller Weise nach dem Kampfbild in der Tatsache, daß die Sondersgerichte der arbeitslosen Handwerker unabhängig von den Gewerkschaften treffen konnten, in der Arbeiterlosigkeit usw. Der Redner zeigt, daß nicht die Gewerkschaften, sondern die proletarischen Arbeiter die reformistische Einstellung der modernen Parteien und Gewerkschaften die Charnach des Proletariats verursachen. Hunderttausende verlieren infolgedessen den Glauben an die Gewerkschaften, und die große Masse in den Gewerkschaften wird der Herrschaft von dem Gedanken: so kann es nicht weitergehen.

WAS IST ZU TUN? Wenn der Kapitalismus leben will, muß er das Proletariat unterwerfen. Die Gewerkschaften müssen sich entschließen die Macht der Gewerkschaften entgegenzusetzen. Es gilt, die Lohnbewegungen einheitlich zusammenzuführen. Wir fordern, daß die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausstehenden Macht des Proletariats von den Gewerkschaften zusammengeführt wird. Eine solche Kraft wird das Streikgeheimnis und die Kampfeskraft des Proletariats steigern. Wir verlangen Vertrauen in die gestaltete Kraft des Proletariats. Eine solche Kraft verleiht, daß das Proletariat in entscheidenden Momenten geschlossen auf den Plan tritt. Die Gewerkschaftsbewegung muß sich freimachen von der Vorstellung, daß das Proletariat nur infolge und solange kämpfen kann, als die Mittel zur Unterdrückung ausreichen. Die Gewerkschaft beweist es: in wirklich revolutionären Perioden kämpft das Proletariat auch ohne Unterdrückung. Wir fordern: Erhebung der Arbeitslosenmassen durch rücksichtslosen Klassenkampf. Wir verlangen Antirührerorganisationen. Es muß Schluß gemacht werden mit den ledigen Gewerkschaften. Die Parole: „Für jeden Betrieb nur eine Organisation!“ muß in den breiten Massen propagandistisch werden.

Das Lohnrecht an Feiertagen des Arbeitgebers. Eine wichtige Entscheidung fällt das kleine Gewerkschaft. Die Arbeiter einer Firma, die am Feiertage ihren Betrieb hatte und nicht schließen, legten auf Entscheidung wegen des entgangenen Arbeitslohns. Die Firma machte geltend, daß sie seit 18 Jahren am Feiertage ihren Betrieb nicht schließen lassen, und daß die Angehörigen des Betriebs keinen Schaden hätten. Das Gericht entschied zugunsten der fleißigen Arbeiter. Nach dem Urteil hat der Feiertagslohn sein Recht. Die Arbeitgeber haben ein Recht auf Beschäftigung. Wenn die Beschäftigung eine andere Meinung bekräftigen sollte, so habe sie das nur im Einvernehmen mit dem Betriebsrat, nicht einseitig von sich aus, tun können. Die Firma muß den Tag bezahlen.

An die Ortsgruppen des Unterbezirks Sangerhausen. Am Sonntag, dem 25. September, vormittags 9 Uhr findet in Sangerhausen im Restaurant „Wierhals“ eine Unterbezirkskonferenz statt. Die einzelnen Ortsgruppen werden aufgefordert, diese Konferenz zahlreich zu beschicken. Die Einzelbezirksleitung.

Sangerhausen. Imperientes Auftreten. Des öfteren haben wir schon darauf hingewiesen, was unsere Genossen, deren Männer inaktiver sind, für Vorträge zu geben haben, wie die vorgeschriebenen Reden dazu verstehen, den Frauen und Kindern einige Hungerferien zu geben. Heute soll es nicht anders sein, daß die Rede der Untergruppe geradezu jämmerlich ist. Wir wollen genug und kennen den Volkstafelapparat mit den Dingen, die diesen im Gang halten, wie und wo vorhandene Gelder verwendet werden. Auch sind sich die sozialen Bedürfnisse von heute überall erfüllt. Sangerhausen hat aber infolgedessen noch den Versuch gemacht, andere, das verabsäumte Sachlageproletariat in aufzubringen. Diese Leute haben nur ein schändliches Reden oder Lebensart mit direkten Beschuldigungen für die Räte der Arbeiter. Sangerhausen verdient nicht, daß ein Herr, der die Unterbezirksleitung genug kennt, mit welchem Ton auf dem Platze den Unterdrückungsnachrichten begegnet wird. Doch hat dies die Arbeiterkraft von Sangerhausen nicht, das Gebären dieser Herren ist immer mit anzusehen. Für Diner und Kaffee im Dienste der Arbeiter hat das Mittel abzugeben. Es wird nicht, daß mit diesen Herrschaften abgerechnet wird.

Uffen. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung kann umfänglich über nicht am Sonntag, sondern erst am Mittwoch, dem 21. September, abends 8 Uhr, bei Raum stattfinden. Der Bericht vom letzten Parteitag ist gegeben, deshalb ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Raben. Hilfe für Russland. Die Sammlung für die hungernden Brüder in Sowjet-Russland vom 4. September ergab den Betrag von 600 M. Das schöne Ergebnis wurde zum Gedächtnis verewahrt.

Wittenberg. Geschäftliches Besprechung. Der Junge eines Geschäftsmannes verlor beim Spielen mit einer Schachplatte durch einen unglücklichen Zufall sein zweijähriges Weibchen (sicher am der Zeit). Das verunglückte Kind wurde sofort nach der Augenärztin Halle überführt.

Wittenberg. Die Eislerer Wiese des Kommunisten! Morgen Sonntag, beginnt die Wiese. Viele Geschäftsleute werden dabei auf Kosten der Käufer in kurzer Zeit recht viel zu verdienen. Wir erlauben unsere Genossen, bei ihren Einkäufen sich die Geschäftsleute anzusehen. Unsere Aufgabe ist dabei, daß wir die Wiese nicht immer bei uns haben, sondern nicht durch den Kauf belastigen. Wer von den Geschäftsleuten weiß, von dem er lebt, der hat auch die Pflicht, in der Arbeiterweise aufzutreten. Kauf also nur bei denen, die im „Massenmarkt“ inoffiziell und momenten unterer Stellung sind. Die Eislerer Wiese ist für den Kommunisten ein Verbot. Wir bitten, daß die Wiese für eine Wiese und damit für eine Liebesorgie. An die Arbeit, Genossen! Wiese heißt für uns: erhabene Agitation!

Anzeigen-Annahme für den „Klassenkampf“ bei Deutscher, Buchdruckerei, Ede Geleitstraße.

Eisenfeld. Arbeiter-Samaritanerkolonne. Sonntag, den 18. September, vormittags 9 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Wittenberg. Lohnbewegung der Landarbeiter. Am Sonntag, dem 11. d. M., fand hier eine Versammlung der Ortsgruppe des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, welche zahlreich besucht war. Zunächst wurde über die wirtschaftliche Lage und die allgemein einsetzende Forderung, die auch die Landarbeiter betrifft, berichtet. Die Versammlung wurde durch den Bericht der Ortsgruppe über die Lohnbewegung der Landarbeiter, die die Landarbeiter sich selbst, die Forderung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und auch vor dem letzten Sammlertag nicht zurückzugeben. Es wäre zu wünschen, daß alle Ortsgruppen des DWD, die der obigen Ortsgruppe angeschlossen sind, einmündig dieses Ziel verfolgen. Nach der Versammlung fand die Landarbeiterkolonne, die die Landarbeiter sich selbst, die Forderung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und auch vor dem letzten Sammlertag nicht zurückzugeben. Es wäre zu wünschen, daß alle Ortsgruppen des DWD, die der obigen Ortsgruppe angeschlossen sind, einmündig dieses Ziel verfolgen.

Wittenberg. Arbeiter-Samaritanerkolonne. Die nächste Kolonne feierte am vergangenen Sonntag im Stiftungsbau in Friedrich-Wilhelms-Platz. Schon am Sonntagabend fand eine vorbereitende Kolonne ein. Sonntag nachmittags 2 Uhr fand die angelegte Kolonne statt. Die Kolonne bestand aus 100 Personen. Die Kolonne wurde durch den Bericht der Ortsgruppe über die Lohnbewegung der Landarbeiter, die die Landarbeiter sich selbst, die Forderung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und auch vor dem letzten Sammlertag nicht zurückzugeben. Es wäre zu wünschen, daß alle Ortsgruppen des DWD, die der obigen Ortsgruppe angeschlossen sind, einmündig dieses Ziel verfolgen.

Weiter Aus der Provinz auf nächste Seite.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. September 1921.

Der Kampf in den Gewerkschaften.

Mitgliederversammlung des Erwerbsvereins Halle der SPD.

In der Mitglieder-Versammlung der SPD, vom Donnerstagsabend nach Genosse Urban den Bericht von der Delegiertenversammlung der Kommunistischen Gewerkschaften in Jena und behandelte damit zugleich die Gewerkschaftsfrage in ihrem ganzen Umfang.

Genosse Urban führte etwa folgendes aus: Der Parteitag in Berlin hatte die Gewerkschaftsfrage bereits im wesentlichen und Arbeit vorweggenommen. Neben dem politischen Bericht des Genossen Meyer war das Referat des Genossen Feder das letzte des ganzen Parteitages, weil er mit der Behandlung der Weltwirtschaftsfrage auch die Gewerkschaftsfrage ausrollen und, soweit möglich, lösen konnte. Der Bericht über die Weltwirtschaftsfrage ergab, wie bekanntlich, die Notwendigkeit der internationalen Führung des Klassenkampfes. Die Antarktis-Gewerkschaftsinternationale umfaßt jedoch lediglich die europäischen Gewerkschaften (die amerikanischen treten nicht einmütig ein). Die rote Gewerkschaftsinternationale vom Moskauer Umsturz dagegen umfaßt 18 bis 19 Millionen Gewerkschaftler, die sich über 47 Länder der ganzen Erde verteilen und vor allem die neuwachsenden Gewerkschaftsbewegungen Afrikas und Südamerikas umfassen. Diese Gewerkschaften sind im allgemeinen weniger organisiert als die europäischen Gewerkschaften. Die kommunistische Partei noch legal arbeiten darf, sind die Gewerkschaften durch die Verfolgungen der Regierung zu illegaler Arbeit gezwungen. In Polen ist trotz der georgierten Nationalisierung eine gewisse Befreiung des Klassenkampfes spürbar, weil dort der kapitalistische Wirtschaftskrisis in dem Ausmaß, wie sonst, nicht so tief und in der Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften in Deutschland wurden unter Kriegsrecht gestellt und Arbeiterbewegung als Delegation betraut. Die Gewerkschaften des Baltikums waren von jeher revolutionär. In Rußland ist heute ein Propaganda gegen den Sozialismus im Gange. Die Gewerkschaften Bulgariens erdulden ebenso wie die Serbiens rücksichtslose Verfolgungen durch die Behörden. Die Arbeiterpartei Griechenlands erkennt, daß nicht die politischen Umwälzungen des kapitalistischen Staates, sondern allein dessen Vernichtung Rettung des Klassenkampfes ist. In den Vereinigten Staaten ist dort die Aufgabe, daß die Gruppen sich vereinigen, um den Krieg gegen die Zügel zu ziehen. Des Weiteren ist mit seiner hungernden Arbeiterpartei ist ein schlagendes Beispiel für die Unmöglichkeit der Versöhnungstheorie. Anders liegen die Dinge in Italien. Im Krieg streikten die Gewerkschaften von dem ersten Jahr an mit dem Einfluß der Arbeiterpartei. Seit überhand in einem Kampf, der zum Ziele, zur Eroberung der politischen Macht, führen mußte, wenn nicht Zerstörung und Gewalt die Befreiung der Betriebe für eine wirtschaftliche Maßnahme erklärt und damit die kämpfende Arbeiterpartei zugeführt auch werden konnte. In Spanien ist das Land des Klassenkampfes und der Menschenjagd vor den Bakillen. Noch ist der Einfluß der Kommunisten dort gering, aber er wächst täglich. Die spanischen Delegierten, die für den Moskauer Gewerkschaftskongress besonders tüchtig ausgesandt waren, erklärten schließlich, daß die Arbeiterpartei der Arbeiterbewegung die Führung nicht bindend sei. Auch in Frankreich wachsen sich stets die reformistischen Einflüsse in den Gewerkschaften geltend. Der Moskauer in Vize brachte noch keine Mehrheit für den Anschluß an Moskau, aber in den Teilbewegungen, in den Vereinigungen der Munitionsbildung und der Förderung von Munitionstransporten, erkennen wir die Entwicklung des revolutionären Geistes. Ähnlich liegen die Dinge in England. Vor schwer konnte sich dort die Bewegung von der Niederlage der Chartisten erholen. Aber eine beachtenswerte Zeit ist es dennoch, wenn der so genannte Traum der Eisenbahn-, Transport- und Kohlenarbeiter der Moskauer Bewegung die kapitalistische Unterdrückung von Arbeiterpartei zurückzuführen. Zu einer völligen Auslösung konnte die Bewegung deshalb nicht gelangen, weil Thomas erklärte: Wir (d. h. die gesamten Gewerkschaften) treten nicht in den Streik. Und später sagte er, wenn die gesamte Arbeiterpartei in den Streik treten würde, so hätte das zum Zusammenbruch der Staatsmacht und zur Errichtung des Arbeiterstaates führen müssen. Die amerikanischen Gewerkschaften traten aus der Antarktis-Internationalen aus, weil ihnen diese — zu revolutionär war. Aber auch dort wird die Verfechtung der Arbeiterpartei die kapitalistische Unterdrückung des Klassenkampfes herbeiführen. Die Zahl der Arbeiterlosen wird auf etwa 8 Millionen geschätzt. Die revolutionäre Widerheit in der Gewerkschaften umfaßt über 1 Million Mitglieder. Die japanische Bewegung, die noch vor 2 Jahren überhaupt nicht existierte, ist heute in der Lage, erbitterte Kämpfe gegen das Innenministerium zu führen. Die Gewerkschaften in China sind bereits einen gewissen Kampfarbeiterstreik für die Zeit der Schaffung vor. Die Gewerkschaften der malaisischen Inseln und Hinterindiens umfassen 2 bis 3 Millionen Mitglieder, die der Moskauer Internationale angegeschlossen sind.

Die Volkzeitung findet die Zustimmung der Erntepresse.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Produktiv-Genossenschaft.

Das größte Arbeiterunternehmen, die Produktivgenossenschaft in der Leberfeldstraße, geht seinem Ende entgegen. Es herrscht jetzt über eine Heberische Tätigkeit; die letzten Handgriffe werden gezeit, damit die etwa 100000 Kilo Notations-, Zeug- und Buchbindungsarbeiten gebrauchsfähig gemacht werden können. Es ist nun wieder aller Parteigenossen, die dem in einem letzten Flammende die letzten Bausteine herbeizutragen, damit das in seiner Art größte und einzig dastehende Arbeiterunternehmen auch in dem selbigen Zeitpunkt seinen Frieden ausgeführt werden kann. In einer Hinsicht muß von den Vertrauensleuten und Sekretären das Material geordnet und die fertige Arbeit unter Verlegung einer genauen Abrechnung an die Verwaltung in Halle, Leberfeldstraße 14, abgeliefert werden usw.

Wittelsband und Proletariat.

Die Not im Wittelsband.

Die Stimmlose „Allgemeine Zeitung“ und die deutsch-nationale „Nationale Zeitung“ glauben auf Grund des Artikels „Gemeiner Lebenswider“, in dem wir gegen den Wider eines Arbeiters mit Selbstbezügen in scharfer Weise Stellung nahmen, mit uns über die Frage streiten zu müssen, daß auch der Wittelsband (der nach den Angaben dieser beiden kapitalistischen Blätter in seiner Mehrheit in der deutsch-nationalen Volkspartei organisiert ist) unter der Not jähren zu leben hat. Die beiden Zeitungen führen in ihrer Not einige Punkte an, in denen dargelegt wird, daß auch der Wittelsband nicht den brüderlichen Völkern und der wachsenden Verelendung zu leiden hat.

In der Frage, daß auch die Arbeiter des Wittelsbandes sich in einer allgemeinen Notlage befinden, stimmen wir mit den beiden kapitalistischen Blättern vollkommen überein. Denn auch der Wittelsband wird nicht von der steigenden und steigenden Tätigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft ertastet und in Not und Elend hineingeworfen, in das Lager des Proletariats. Das die Leute, die sich heute noch auf dem Wittelsband fühlen (und in einer kapitalistischen Arbeit organisiert sind), das Proletariat teilen müssen, ist nicht eine mehr oder weniger zufällige Sache, sondern ist in der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft begründet. Wenn nun einem Teil der Wittelsbänder erst heute zum Bewußtsein kommt, daß sie unter den Keulenklängen einer rücksichtslosen Profitwirtschaft stehen und sagen und nennen so elend und erbärmlich leben müssen, wie das Proletariat, wenn ihnen heute diese Tatsache immer mehr und mehr zum Bewußtsein kommt, wenn die Teile dieses Standes in die revolutionäre Kampffront des Proletariats gedrängt werden, so hat das seine Ursache darin, daß die Klassenführung der beiden sozialistischen Klassen durch den fortwährenden Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr noch notwendiger wird.

Warum die Stimmlose „Allgemeine Zeitung“ und die deutsch-nationale „Nationale Zeitung“ sich mit der Not der Wittelsbänder an unsere Adresse wenden, als ob wir an deren Not schuld sind, ist nicht recht klar. An Wirtschaftlich ist doch die Not des Wittelsbandes eines notwendigen und unvermeidlichen, daß die Kapitalisten ihre Erlöse nicht mehr erheben können!

Die Volkzeitung findet die Zustimmung der Erntepresse.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

Die Arbeiter-Bildungsvereinigung tritt zurück.

Der Streik ist ein wirksames Mittel im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen. Wird er einseitig und mit Aufhebung aller Kräfte geführt, so ist der Sieg der Arbeiterklasse auch im Falle der allgemeinen gewerkschaftlichen Wahrheit, aber die man eigentlich nicht zu freieren Erntepressen steht auch fest, daß ein Streik niemals von irgendeinem Sekretär vom Baune gebunden werden kann, sondern daß dafür immer der Hunger und das Elend der Arbeiterpartei den Ausschlag geben kann.

N-Gespräch.

Nach der neuen Fernsprecherordnung sind Anrufe neben den bereits bekannten X-Gesprächen (wo auf Verlangen des Anrufernden der Besprechende sofort abgehört wird) und den Y-Gesprächen (Ferngespräche mit Wartezeit) bei denen der Name der Person, mit der ein Gespräch geführt werden soll, anzugeben ist, auch sogenannte N-Gespräche im voraus übermietet und auch sogenannte N-Gespräche zugelassen. Hierbei handelt es sich um Erlös- und Ferngespräche mit Wartezeiten und mit Anrufern von Wartezeiten oder neuerdings auch gemischten öffentlichen Gesprächsstellen, wenn ihr Inhalt in Form kurzer Nachrichten an andere Personen weitergegeben werden soll. Durch ein N-Gespräch kann auch die Weitergabe einer oder mehrerer Nachrichten an verschiedene Personen verlangt werden. Bei N-Gesprächen wird neben der bestimmten Gesprächsgebühr für die Weitergabe der Nachricht eine Gebühr von 2 M. erhoben. Sind Nachrichten an mehrere Personen weiterzugeben, so ist für jede weitere Person ein Zuschlag von 1 M. zu entrichten.

„Vollspart“.

Morgen, Sonntag, findet im großen Saale des Verblühenigen der Erntepressen-Interessengruppe statt. — Im kleinen Saal im Ball des Zimmerbergs „Bühne“ und in den beiden kleinen Restlokalen.

„Stadtkamer“.

An der heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr stattfindenden „Mingold“-Aufführung gastieren Kameraderer G. Habich von der Staatsoper Berlin als Ullrich und Kameraderer Dr. Paul Kubin als Wime. Sonntag nachmittags — Anfang 2 1/2 Uhr, abend als Volksvorstellung Schillers „Münchener“ in Szene. Sonntag abend: „Rineros“ Schillers. Montag abend 6 1/2 Uhr: „Die Waffäre“. Dienstag gelangt der Schwanz „Japans-emanierung“ von Franz Arnold und Ernst Bach zur Aufführung. Mittwoch wird „Samuel Simmelbach“ wiederholt, Donnerstag: „Rineros“ Schiller. Freitag: „Japans-emanierung“.

„Rosafiger Garten“.

Morgen, Sonntag, findet von 9 1/2 bis 6 1/2 Uhr nachmittags in der Städtischen Hanger von der Städtischen Bergkapelle unter Leitung des Musikleiters Hans Reichmann statt.

Aus dem Gerichtssaal.

Selbst das Gericht erkennt die Not an.

Der siebenundzwanzigjährige Schlosser R. war in den Jahren 1915 bis 1918 beim Kaiserwerk Dürrenberg als Maschinenist mit einem Monatsgehalt von — 120 Mark, das zur Ernährung einer Familie reichen sollte, angestellt. In seinen Dienstjahren gehörte auch das Weib der Arbeiterin. In seiner Not leide er nun nicht rigers Jobben, als die angestrichen, in die Welt hinaus zu gehen und verdorbene Arbeit unbedenkliche Beiträge zu sich. Dadurch brachte er im Zeitraum von 4 Jahren in 30 Fällen insgesamt 316 M. an sich. Das Gericht berücksichtigte die damalige Notlage R.s und verzurteilte ihn wegen schwerer Unterschlagung unter Aufhebung mildernder Umstände zu 4 Monaten Gefängnis, Strafaussetzung wurde ihm in Aussicht gestellt.

Schöffengericht.

Das „Ausschereckel Element“.

Der Landwirt D. liete an Wärschicht vor angefaßt, von der vorjährigen Ernte zu wenig Getreide abgeerntet zu haben. Sein Viehstall war mit 886 Hensern angefüllt und dabei neben anderen Umständen bereits verdrängt worden, daß es sich um etwas geringwertigen Boden handelt. Er hatte trotzdem nur 144 Hensler abgeerntet, so daß 242 Hensler verloren. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 21000 M. Das Gericht beschloß Verurteilung, um noch einen Sachverhaltigen der Landwirtschaftskammer zu hören. Ein Zeuge, der die Angelegenheit bei der Schätzung des Getreides bearbeitet hatte, behauptete vor Gericht, keinerlei Angaben machen zu können.

Anzeige aus Ost.

Die bei der Firma Hallische Telefon-Gesellschaft m. B. S. angestellte Kontoristin H. hatte die Aufgabe, die Sozialisten zu verurteilen und die Sozialdemokraten einzuführen. Da es in einem kapitalistischen Betriebe üblich ist, den Angestellten doppelte Löhne mit befristeter Arbeit bei einfachen Gehalt anzubieten, geschah es auch hier, daß die H. ihre Arbeit anderer Verurteilungen wegen häufig unterbrechen mußte, ohne die Löhne wegzurufen zu können. Eines Tages, und zwar an dem, der der letzte Arbeitstag eines Monats war, beschloß sie, ihren Gehalt zu verweigern. Die Kontoristin H. Anwaltskanzlei. Außerdem kamen öfter Vorwurfsungen gerückt, weil die dem Landwirten von der Vorverurteilung herausgegebenen Marken nicht aufgeführt worden waren. Der Geschäftsführer Pfeiffer kam nun auf die Idee, daß die Marken durch die Kontoristin H. den Kontoren entwendet sein könnten, sondern er stellte gegen die Kontoristin H. Strafantrag wegen Unterschlagung. Die Verurteilungen machten, ihrer unzulässigen Aussagen wegen, selbst auf den Umständen eine unangenehme Eindruck; er beantragte Freizehung der Angekl. H. Das Gericht kam zu einem Freispruch.

Rechtsanwalt für die rechtsinternen Zeil: Richard Schletter; für Anzeigen Fritz Ratz; Verlag: Produktiv-Genossenschaft e. G. m. B. H., für den Bezirk Halle-Merzbach, Wils. Oskar Rosenbaum; Ost-Sächsische Genossenschafts-Verbandsrat e. G. m. B. H., Halle in Saal.

ärztlich empfohlen gegen

Jogal Gicht, Rheuma, Nerven-, Kopfschmerzen, Schlaflos.

Jogal wirkt prompt bei Schmerzen, hebt die Spannung aus und wirkt direkt zur Beseitigung des Uebel. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Klinisch erprobt! In all. Apoth. erhältlich.

Wie befreie ich mich von

Rheumatismus?

Rheumatismus und Gicht sind Stoffwechselkrankheiten. Das Blut ist in diesen schmerzhaften Leiden nicht imstande, alle Schlacken, die aus dem Verbrennungsprozess des Körpers als Rückstand bleiben, hinwegzuführen. Deshalb lagern sich diese Rückstände, besonders die schädliche Harnsäure, in den Muskeln und Gelenken an. Dort erzeugen sie die so schmerzhaften und die Bewegung hindernden Gichtknoten oder rheumatischen Verdickungen. Sie sind nur dann zu beseitigen, wenn die Abtragung der Larvensubstanz zweckmäßig geschieht, das durch die auf die alten unschädlichen und bewährten Vorschriften des verstorbenen Dr. med. Olf. Toft zurückgeführten **Levathol-Tafelchen**.

Die **Levathol-Tafelchen** haben folgende Zusammensetzung: Levathol, 5 mm. spiris, 5. potass. jodid, 5. f. leg. art. tab. 100. Dieselben sind leicht und bequem zu nehmen.

Fordern Sie **ausdrücklich Levathol-Parapete**, weisen Sie Nachdruck aus: Der Levathol (Levathol) in Halle, Sachsen, zu haben: Alleisige Fabrikanten C. E. Asshe & Co., Hamburg 19. 1081

Genosse! Immer wieder müssen wir es Dir zuzurechnen:

Bringe als Mitglied der KPD. Deinen Pflichtanteil zur

Proaktiv-Genossenschaft

Halle a. d. Saale, Leberfeldstraße 14.

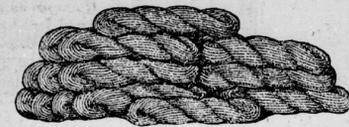
Geeignet für nachmittags 5 Uhr.

Wir eröffnen am 19. September 1921 unser **Versandhaus direkt auf dem Eilgutbahnhof.**
 Dadurch sind wir in die angenehme Lage versetzt, unsere Kundschaft noch pünktlicher als bisher zu bedienen.
 — Alle Hilfsmittel der modernen Technik sind nun in unseren Betrieben in Anwendung gebracht. —
Spezialität: Seefische, grüne Heringe, Bücklinge, Bratheringe, Salzheringe.
 Verlangen Sie unsere Preise. — Fernsprech-Anschlüsse: 5904, 1274 und 1275. — Telegramm-Adresse: Nordsee, Kallasaale.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

— 32 eigene Dampfer. — Eigener Fischereihafen. — Eigene Eisenbahnkühlwagen. — Eigene Räuchereien und Marinieranstalten. — 8269

Brauchst Du Wolle, geh' zu Michel.



1/2 Pfund 8⁰⁰ 9⁰⁰ 11⁰⁰ 13⁰⁰
 Schweißwolle 1/2 Pfund 18⁵⁰
 Seidenwolle 1/2 Pfund 23⁵⁰

— Engros-Verkauf durch unsere Engros-Abteilung. —

Alex Michel

GOLDFARB-TABAKE



BEKANNT DURCH GÜTE

Erste Weißfells-Genossenschaftsschuhfabrik
 — e. g. m. b. h. —
Schuhwaren aller Art
 in nur bester Lederanführung. Jeder Zwischenshandel ist ausgeschlossen, darum folgende, angelegentlichste Preise für den Bezirksverkauf aus geschlossenen Mitgliedern finden bei Verkauf an folgenden Stellen statt:
Weißfells im Saenger, Zillertor 11. Hof —
Merseburg beim Bezirkssekretär Wilh. Beding, Weißfeller Straße 6 —
Halle beim Gemeindeführer Kurt Schumann, Domplatzstr. 47 III —
Bitferrdell beim Gewerkschaftssekretär Otto Seitel, Solawerger Straße 11 II —
Sangerhausen bei Frau Glatter, Magdeburger Straße, Arbeitsnachweis —
Teuchern bei Frau Brühner, Reber Straße —
Naumburg bei Frau Neubert, Bindmühlentstraße 6 III —
Zeitz bei Frau Dietrich, Donatsstr. 19 III —
Gr.-Kayna bei Albert Grube, Nr. 62. • 1151

Lumpen
Felle
 kauft zu höchsten Tagespreisen
E. Günther
 Knochen
Graseweg 8.
 Eisen
 Papier
 Telephone 6130. 1201

Militär-Schaft-Schnürschuhe
 getragen, aber nicht mehr verkauft zu bill. Preisen
J. Sternlicht, Alter Markt 11. • 1167
 Nur für Wiederverkäufer!
 Erstklassige prima süchsische
Filzwaren aller Art und Lederpantoffeln
 (drehgenäht gepolstert - Holzgenäht) bietet laufend zu billigsten Preisen an
 Großvertrieb und Lager
Georg Cohn :: Halle (Saale)
 Steinweg 24. • 1170 Fernruf 2591.

Tagesordnung
 für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 19. September 1921, nachmittags 4 Uhr.
 Öffentliche Sitzung.
 1. Neuwahl für die Stadteubination. 2. Erwahlwahl für Deputationen und Ausschüsse. 3. Bewilligung eines Bauförderungsantrages. 4. Errichtung von Genselkindertagesstätten. 5. Bekämpfung einer Verdrängungskontak. 6. Anbahnung von Dr. Kallier. 7. Kundgebung. 8. Grundbesitzverteilung. 9. Erwerb des Maxfischhandels. 10. Anlauf eines Kleinfant. 11. u. 12. Bewilligung von Anleihen. 13. Nachbewilligung für das Gesundheitsamt. 14. Gehalt von Wirtschaften und Kolonialwaren. 15. bis 17. Unterfütterungsarbeiten. 18. Antrag auf Gewerbesteuerbefreiung. 19. Anträge zum Schulrat. 20. bis 22. Gehalte von Wohnungen. — Hier auf nicht öffentliche Sitzung.
 Der Stadtverordneten-Vorsteher.
 Feil. 8251
 Halle, den 16. September 1921.

Bekanntmachung.
 Michaeliskaufnahme an den hiesigen städtischen höheren Lehranstalten.
 Das Winterhalbjahr beginnt Mittwoch, den 12. Oktober 1921, vormittags 8 Uhr, mit der Prüfung der angemeldeten Schüler und Schülerinnen. Anmeldungen werden im Anzeigersimmer des Schulleiters entgegengenommen, und zwar:
 a) im Stadtbüroamt an den Wochentagen von 11 bis 12 Uhr,
 b) in der hiesigen Oberrealschule an den Wochentagen (außer Donnerstagen) von 11 bis 12 Uhr,
 c) im hiesigen Reformrealgymnasium an den Wochentagen von 12 bis 14 Uhr, — in O III, U III und VI können keine Schüler mehr aufgenommen werden —
 d) im hiesigen Gymnasium I nebst Nebenanstalt an den Wochentagen von 11 bis 12 Uhr,
 e) im hiesigen Gymnasium III F, Seebühlstraße 37, an den Wochentagen vormittags im Anzeigersimmer des Direktors.
 Bei den Anmeldungen sind mitzubringen: Der ausgefüllte Anmeldebogen, Geburts-, Tauf- und Familienregister. Die Anmeldebogen sind bei dem Bundesmeister der betreffenden Lehranstalt zu haben. Vor der Aufnahmeprüfung ist noch das Abgangszeugnis der bisher besuchten Schule vorzulegen.
 Der Magistrat.
 Halle, im September 1921. 8261

Auf Kredit

verkaufe ich zu besonders leichten Bedingungen:

Anzüge, Ulster, Raglans
 alle modernen Farben und Macharten sind vertreten.

Damen-Mäntel
 Flausch, Sport, hell und dunkel.

Damen-Kostüme
 nur moderne Sachen.

Damen-Blusen und -Röcke
 letzte Neuheiten in weiß, Voile, mit reicher Stickerei.

Kleiderstoffe in allen Farben.

Kostümstoffe in großer Auswahl.

Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder
 braun und schwarz, beste Fabrikate, haltbare, moderne Sachen.

Damen-Halbschuhe braun und schwarz.
Wäsche aller Art.

In der II. und III. Etage finden Sie Möbel in großer Auswahl, besonders

Schlafzimmer u. Küchen.

Alles liefere ich zu leichten Bedingungen auf Kredit, die Teilzahlungen werden Ihren Wünschen angepaßt.
 Ich liefere auch nach auswärts.

Carl Klingler,

Halle a. d. S., Leipziger Straße 11.
 Eingang Sandberg. Nur I., II. und III. Etage. 1287

Sparkasse
 der mitteldeutschen Bauzentrale,
 gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das mitteldeutsche Baugewerbe.
 verzinst Einzahlungen bei der Verbandsbank gewerblicher Genossenschaften Halle an der Saale, Große Mäckerstraße 15, mit **fünf Prozent.**

Frauen
 bei Erkrankungen des monatlichen Verlaufs helfen
Dr. Schreiters
 Monatskropf, Gummipillen, Brechmittel gratis.
 Versandhaus Germania, Halle a. d. S., II. 1143
 Sandberger Str. 5, 1.
 !! Rheumatismus !!
 Ueber einfaches ungeschäd. Mittel (kein Arzneimittel) gebe kostenlos Auskunft.
Frau M. Poloni, 1197
 Hannoverstr. 341, Schleißheim

Trikotagen
 Gute Qualitäten. :: Billige Preise. 3250
 Winter-Hemden, -Hosen, -Jacken, Einsatz-Hemden.
 Dauerwäsche-Vertrieb,
Kl. Berlin 2 1 Treppe, Eing. Sternstr.



Anzüge
 für Herren, Burschen und Knaben,
Herrenstiefel, br. u. schw., **Damenstiefel**, Dam.-Halbschuhe, Kind.-Stiefel, Kleidstoff, Herr.-Hemden, Dam.-Hemden, Möbel — Küchen — Schlafzimmer
auf Teilzahlung.
 Leichte Zahlungsbedingungen, die nach Wunsch der Käufer eingerichtet werden.
Paul Sommer,
 Leipziger Str. 14, I. u. II. Stock. 8268

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus“ Bockwitz, e. g. m. b. H.

Bilanz am 31. Dezember 1920.

Artiva.	Bilanz am 31. Dezember 1920.	Passiva.	
An Grundstücks-Konto	274 358,83	Ver Kapitalien-Konto	180 000,00
An Inventar-Konto	89 288,20	Reserve-Konto	31 354,90
An Kassen-Konto	9 538,54	Reserve-Konto	3 070,00
An Waren-Konto	35 125,69	Ansauftrag-Konto	144 500,00
An Giro-Konto	2 059,76	Geldschulden-Konto	21 300,00
		Verrechnungs-Konto	151,00
		zu zahlende Unkosten	2 312,13
		Verrechnungs-Konto	22 478,95
		Verrechnung-Konto	5 163,61
	110 315,62		110 315,62

Defekt

Defekt	Gewinn- und Verlust-Konto.	Akredit.	
An Anfin	1 880,97	Ver Waren-Konto	19 153,86
An Unkosten	9 807,82		
An nach zahl. Unkosten	2 312,13		
An Bilanz-Konto	5 153,64		
	19 153,86		19 153,86

Mitgliederbewegung.
 Bestand am Anfang des Geschäftsjahres 73 Mgl. mit 162 Anteilen
 Zugang 67 „ „ 51 „ „
 Bestand am 31. Dezember 1920 140 Mgl. mit 213 Anteilen
 Die Gesamtsumme beträgt 213x100=21 300,00 Mark
 Geldschuldenbestand am Anfang des Jahres — Mark
 Im Jahre 1920 eingezahlt 21 300,00
 Bestand am 31. Dezember 1920 21 300,00 Mark

Der Vorstand.
 A. Dreißige, Friedr. Road. A. Schäffer.
 Vorsitzender der Aufsicht ist von uns geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden worden.
 Bockwitz, den 16. Februar 1921. • 1157

Der Aufsichtsrat.
 Ed. Pecholt, R. Böhmke, D. Ders, H. Lorenz, R. Dorn,
 Herm. Müller, Tr. Seife, A. Tegel.

Anzüge nach Maß von 850 Mk. an
 bis zu den elegantesten, sowie gute, preiswerte
Paletots und Ulster fertigt an:
F. W. Pannier, Herren-Madraschneiderei,
 Ladenbergstrasse 59. • 1191
 — Bei Stofflieferung billige Berechnung. — • 1164

Kleine Anzeigen haben im „Stoffenlamp“ den größten Erfolg.

Vorwärtsstrebende und Erfinder
 gute Verbleibungsstoffe
 heißen „Stoffierung“ und
 „Stoffierung“ gebende Stoffe:
 schenke: Ein neuer Geist
 sendet gratis
F. Erdmann & Co., Berlin,
 Königsgraber Straße 72.